

GRÜSSE AUS DER ZUKUNFT

# Don Quijotes Kampf für die Windmühlen

Reiner Eichenberger



*Es gäbe eine viel billigere und wirksamere Alternative.*

In den 2020er Jahren gab es riesige internationale Klimakonferenzen. Dort wurde beschlossen, die Klimaerwärmung möglichst auf 1,5 Grad (ab Beginn der Industrialisierung um 1870) zu beschränken und den Entwicklungsländern mit riesigen Transfers zu helfen, ihre Emissionen zu reduzieren und sich an den Klimawandel anzupassen. Das war aus vier Gründen mehr als komisch.

— Die Erwärmung betrug damals schon 1,5 Grad. Die internationale Gemeinschaft kämpfte also für ein völlig illusorisches Ziel. Das besang um 2030 das Erfolgsmusical «Don Quijotes Kampf für die Windmühlen».

— Die Regierungen vieler Industrieländer predigten zu Hause, die Energiewende bringe grosse wirtschaftliche Vorteile und der Klimawandel grosse Schäden, besonders in armen Ländern. Obwohl diese also die Hauptprofiteure des Klimaschutzes gewesen wären, sollten sie unterstützt werden, angeblich weil die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1870 grösstenteils von den Industriestaaten verursacht worden sind. Das aber ignoriert, wie stark die Entwicklungsländer von den Industriestaaten profitieren. Der Schlüssel zu Wohlstand und Problembewältigung – auch des Klimawandels – ist der technologische Fortschritt, der stark von den westlichen Industrieländern getrieben wurde und wird. Seine Nutzen sind vielfach höher als die Kosten des Klimawandels. Deshalb singt der Schlusschor des erwähnten Musicals etwas pathetisch: «Dem Westen gebührt weniger

Schimpf, Schande und Strafzahlung als Ehre, Dankbarkeit und Belohnung.»

— Zur damaligen teuren und unwirksamen Klimapolitik hätte es eine viel billigere und wirksamere Alternative gegeben: ein ausnahmsloser CO<sub>2</sub>-Preis von fünfzig bis hundert Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>, mit vollständiger Rückführung der Erträge durch die Senkung bisheriger Steuern und Aufhebung der Subventionen und Regulierungen zugunsten der Alternativenergien.

— Die Anpassung an den Klimawandel erwies sich als weit billiger und einfacher, als 2024 befürchtet. Weil sie im Interesse der betroffenen Bürger liegt, funktioniert sie weitgehend von selbst durch Marktprozesse und lokale sowie nationale Politik – ganz ohne internationale Kooperation.

Die interessante Frage ist also, weshalb damals die Klimapolitik so versagte. Dies sind heute die gängigen vier Erklärungen:

— Die Regierungen der Industriestaaten versprachen den Entwicklungsländern grosse

Zahlungen ab 2035. Das heisst: In den Industriestaaten traf es künftige Generationen. In den Entwicklungsländern hingegen profitierten die damaligen Regierungen, weil sie dank den künftigen Zahlungen sofort grössere Kredite aufnehmen konnten.

— Manchen Regierungen von Industriestaaten dienten die Klimaabkommen zur Rechtfertigung ihrer eigenen Ziele, also die schlecht organisierten Bürger durch Regulierungen und Abgaben zu belasten und ihre Klientele in gutorganisierte

Branchen mit Subventionen und Zusatzentkommen zu überschütten.

— Manchen Regierungen half die «Klimakrise», um vom eigenen Versagen abzulenken. So wurden oft Hochwasser- und Sturmschäden dem Klima zugerechnet statt mangelhafter und ineffizienter Vorsorge.

— Die «Klimakrise» erlaubte es den Regierungen, ihre Politik international dank schwacher demokratischer Kontrolle kartellartig zu koordinieren und die Bürger höher zu besteuern. Die Hauptprofiteure waren Politikkoordinationsorganisationen wie die EU und manche Verwaltungsabteilungen, die in internationalen Verhandlungen und deren Umsetzung weit mehr Gewicht und Spielräume haben als bei nationalen demokratischen Entscheidungen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts.